

TIM B. MÜLLER

**Die liberale und soziale Demokratie als handlungsleitende Ordnungsvorstellung
nach dem Ersten Weltkrieg**

Anhand eines Bildes von John Maynard Keynes, das 1926 in vielen Tageszeitungen zu sehen war, in renommierten Zeitungen wie dem *Berliner Tageblatt* oder der populären und seit Mitte der zwanziger Jahre stark illustrierten *Berliner Volks-Zeitung*, lässt sich auf einige grundlegende Fragen der Neuformulierung des Liberalismus und einer zunehmenden Überlappung von liberalen und sozialen Demokratievorstellungen hinweisen.¹

1. Das Bild zeigt, was man die Omnipräsenz von Keynes nennen kann, dessen Texte nicht nur massenhaft in deutschen Zeitungen – nicht nur in den ökonomischen Fachorganen und Nachrichtendiensten, das würde zu kurz greifen – abgedruckt wurden, sondern der auch, keineswegs nur wegen seines Versailles-Buches, beinahe Kultstatus genoss; die deutsche Elite (Warburg, Präsidentschaftssekretär Meissner u.v.a.) schickte ihre Söhne zum Studium zu Keynes und fragte bei ihm selbst nach politischen und ökonomischen Rat.²
2. In der öffentlichen Wahrnehmung war er dabei eher „Wirtschaftspolitiker“, wie es die Bildunterschrift ausweist, und weniger Ökonom; Keynes selbst bezeichnete mehrfach in den zwanziger Jahren seine Publikationen als Beiträge zur politischen Debatte, sogar zur politischen Theorie. Man kann ihn in dieser Rezeption nicht als Wirtschaftswissenschaftler verstehen, sondern nur als politischen Denker und Moralphilosophen des neuen Kapitalismus, eines Kapitalismus in der Demokratie. Diese Debatte und diese Wahrnehmung waren transnational; die deutsche liberaldemokratische Diskussion fand nicht in nationaler Abschottung statt.³

¹ Titelbild des *Berliner Tageblatt* vom 8.7.1926 (Wochen-Ausgabe) sowie »Keynes in der Berliner Universität«, *Berliner Tageblatt* vom 24.6.1926. – Über weite Strecken wurde im Folgenden die Vortragsform beibehalten.

² Vgl. etwa Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation 1914-1924*, Oxford 1997, S. 309-316, 465, 476, 489f.; Niall Ferguson, *High Financier. The Lives and Time of Siegmund Warburg*, London 2011, S. 41f.; Roman Köster, *Vor der Krise. Die Keynes-Rezeption in der Weimarer Republik*, in: *Mittelweg* 36 22 (2013), H. 3, S. 32-46; Hans-Otto Meissner, *Junge Jahre im Reichspräsidentenpalais. Erinnerungen an Ebert und Hindenburg 1919-1934*, Esslingen 1988, S. 254-257.

³ Vgl. etwa Roger E. Backhouse/Bradley W. Bateman, *Capitalist Revolutionary. John Maynard Keynes*, Cambridge 2011; Peter Clarke, *The Keynesian Revolution in the Making, 1924-1936*, Oxford 1990; Ben Jackson, *Equality and the British Left. A study in progressive political thought, 1900-64*, Manchester 2007, S. 117-147.

3. Der Demokratiebezug seines liberalen ökonomischen Denkens kommt in der Bildunterschrift in dem Wort „Gemeinschaft“ zum Ausdruck, einem Schlüsselbegriff der demokratischen Diskussion in der Weimarer Republik. Er diskutierte in seinem Vortrag an der Berliner Universität im Juni 1926,⁴ der mit „ungeheurem Beifall“ aufgenommen und am Abend mit einem Festbankett fortgesetzt wurde, Fragen der wirtschaftlichen Organisation, die er allerdings explizit dem Primat des Politischen unterstellte: „Letzten Endes“ musste jeder Versuch der ökonomischen Neuordnung „der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen“.⁵ Keynes war ein typischer Vertreter der endgültigen Versöhnung von Liberalismus und Demokratie im Zeichen der neuen Massendemokratie und der zunehmenden Identifizierung eines sozialen Liberalismus mit der sozialen Demokratie, im ideologischen wie im parteipolitischen Sinne. Er dachte einen demokratischen Kapitalismus, wobei der Vorrang bei der Demokratie lag. Auch sein stärker an laissez-faire-Idealen orientierter deutscher Gesprächspartner Moritz Julius Bonn, den Jens Hacke so gründlich erforscht hat, sah das ähnlich: „da es ein Zurück von der Demokratie nicht gibt, muß der Kapitalismus demokratisch werden“.⁶ Keynes nahm darum auch durchweg Fragen der politischen Führung und der psychologischen Stabilisierung in der neuen Massendemokratie in den Blick; man kann argumentieren, dass das für ihn die alles entscheidenden Probleme waren.
4. Dieser Demokratiebezug lag auch Keynes' ideenpolitischer Neuformulierung des Liberalismus zugrunde, die sich bereits im Titel des Vortrags von 1926 ankündigte: „Das Ende des Laissez-Faire“. Allerdings trug er sein Reformplädoyer nicht als Behauptung radikaler Diskontinuität vor, sondern als Fortsetzung eines aufgeklärten, sozialen, kollektiven Strangs liberaler Vorstellungen. Dabei überkreuzten sich diverse nationale Diskussionen; der soziale Adam Smith wurde etwa in der Lesart von Lujo Brentano auf den britischen Inseln rezipiert, den Deutschen brachte Keynes seine Mill- und Burke-Lesart nahe. Der *new liberalism* der *social reform*, Adam Smith, Friedrich Naumann, Brentano, die sozialen 1848er, es fanden vielfache wechselseitige Übersetzungen, Rezeptionen und Reformulierungen in der transnationalen Diskussion

⁴ Vgl. John Maynard Keynes, *Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft*, München 1926.

⁵ Ebd., S. 32; auch Berliner Tageblatt, 24. 6. 1926.

⁶ Moritz Julius Bonn, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1926, S. 31.

statt. Keynes wies in seinem Vortrag – wie in zahlreichen Publikationen – einen vom Sozialdarwinismus kaum zu unterscheidenden Laissez-Faire-Liberalismus zurück. Er betrieb polemische Ideenpolitik durch kritische und identifizierende Genealogien liberalen Denkens und erklärte sich zum „Gegner des absoluten Individualismus“, etwa mit den Worten: „Es ist *nicht* wahr, dass jedes Individuum eine vorgeschriebene ‚natürliche Freiheit‘ seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Die Welt wird von oben her *nicht* so regiert, dass private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen. Sie wird von unten her *nicht* so verwaltet, dass diese beiden Interessen in praxi zusammenfallen. Aus den Prinzipien der Nationalökonomie folgt *nicht*, dass der aufgeklärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt. Es ist auch nicht wahr, dass der Egoismus im Allgemeinen immer aufgeklärt *ist* [...]. Die Erfahrung lehrt *nicht*, dass Individuen, die sich zu einer gesellschaftlichen Gruppe zusammenschließen, immer weniger klarsichtig sind, als wenn sie einzeln handeln.“⁷

Was den ökonomischen Laissez-Faire-Liberalismus betraf, den Keynes attackierte, sprach er von der „Orthodoxie unserer Zeit“, die intellektuell erledigt war, aber infolge ihrer Funktion als Legitimation ökonomischer Interessen weiterhin Macht ausüben konnte. Um der aktuellen Resonanzen willen soll eine dieser Passagen nicht unterschlagen werden: „Wenn man der ‚City‘ von London eine gemeinsame Aktion für das Allgemeinwohl vorschlagen wollte, so wäre das ebenso als wollte man über die ‚Entstehung der Arten‘ mit einem anglikanischen Bischof von vor sechzig Jahren diskutieren. Die erste Reaktion ist keine intellektuelle, sondern eine moralische. Ein orthodoxer Glaube ist in Gefahr, und je überzeugender die Argumente sind, desto größer ist die Lästerung. Trotzdem habe ich mich in die Höhle des schlafenden Ungeheuers gewagt, jedenfalls habe ich seine Ansprüche und seinen Stammbaum verfolgt, um zu beweisen, dass es uns mehr durch erbliche Vorrechte als durch persönlichen Verdienst beherrscht hat.“⁸

5. Während Keynes sich selbst als Liberalen bezeichnete und der Partei angehörte, trat er wie erwähnt für eine Verschmelzung mit sozialdemokratischen Positionen im Rahmen einer liberalen und sozialen Demokratie ein. Seine Argumentationsmuster unterscheiden sich nicht wesentlich von denen, die sich bei deutschen Liberalen wie

⁷ Keynes, Ende, S. 30.

⁸ Ebd. S. 29.

Ernst Troeltsch oder Sozialdemokraten wie Hermann Heller oder Gustav Bauer finden. Die Menge der Kongruenzen sind unübersehbar. Hier entstand, auf historischer Grundlage, aber in der Plötzlichkeit bedingt durch die Konstitution der Massendemokratie nach 1918, eine Überlagerung liberaler und sozialer Demokratievorstellungen. Man kann in diesen Debatten viel Liberales erkennen, wenn man will, aber es könnte auch sozialdemokratisch sein oder aus anderen demokratischen Traditionen stammen. Es finden sich in diesen Vorstellungen liberale Elemente, aber sie transzendieren den Liberalismus, sie sind nicht mehr liberalismusspezifisch; die Demokratie, auf die ich gleich zurückkomme, bildete den neuen, fundamentalen und unhintergehbaren politisch-praktischen Rahmen, und im Prozess der Etablierung demokratischer politischer Kulturen und der Gewöhnung an die Demokratie wurden liberale ideologische Elemente absorbiert und adaptiert; man wird diese dann aber nicht mehr dem Liberalismus als politischer Kraft zuschlagen können. Eine ideengeschichtliche Perspektive auf diesen verstreuten Liberalismus, eine Rekonstruktion seiner Genealogien ist natürlich etwas anderes, aber wenn man wie ich eine Geschichte handlungsleitender politischer Vorstellungen versucht, tritt der Liberalismus als sekundäres Phänomen hinter die Demokratie zurück. Umgekehrt macht er sich dadurch aber manchmal auch so unsichtbar, dass seine weiterwirkende Präsenz übersehen werden könnte, nur weil nicht explizit an den Liberalismus appelliert wird; darum wird dann auch oft zu schnell – etwa in der Volksgemeinschaftsdebatte – das Prädikat „antiliberal“ verliehen, wo eine kontextsensible Rekonstruktion sehr viel differenziertere Erkenntnisse ermöglichen würde. Verfehlt wäre es meiner Ansicht nach allerdings, Demokratie und Liberalismus gleichzusetzen; wir haben es mit Phänomenen unterschiedlicher Ordnung zu tun; da der Liberalismusbegriff so schillernd war, wie die Veranstalter einleitend betont haben, war es durchaus möglich, den Liberalismus zu attackieren und sich dennoch mit „der Sache der parlamentarischen Demokratie, des Rechtsstaates, der bürgerlichen Freiheit und der Marktwirtschaft (in ihrer sozial eingeehten Form) zu identifizieren“ (so das Programm der Tagung). Wenn sich der Liberalismus allein diese Sache auf die Fahnen schreiben wollte, wäre das nicht nur unangemessen hegemonial, war doch der Liberalismus eher der Juniorpartner oder das Korrektiv im Prozess der Ausbildung dieses demokratischen Selbstverständnisses; es würde auch die im 20. Jahrhundert so vielfältigen Koalitionen von Liberalismus

und autoritärer Herrschaft sowie den Beitrag marktliberaler Orthodoxien zur Schwächung von Demokratien ausblenden.

6. Was waren unter den demokratischen Bedingungen die wichtigsten Aufgaben des Staates? Keynes zufolge war das die zentrale politische Frage; er rief zu einer Diskussion dieser Frage auf, die den jeweiligen Umständen angepasst war; immer wieder aufs Neue mussten die „Agenda“ und „Non-Agenda“ politischen Handelns bestimmt werden, die Ausdifferenzierung von individueller Initiative und staatlicher Intervention – aber nicht zuerst nach ökonomischen Kriterien, sondern nach denen der politischen Einsicht. Bei Keynes und vielen sozialen Liberalen und liberalen Sozialdemokraten der Zwischenkriegszeit begann alles mit den politischen Vorstellungen. Die richtige Politik ergab sich im Balanceakt zwischen der konstanten Grundtatsache der Demokratie und dem flexiblen, experimentellen Ausprobieren von Lösungen für aktuelle Probleme. Wenn die politische Vision der Demokratie fehlte, ließe sich zuspitzen, konnte es nur schiefgehen. Der Primat war politisch, aber daraus ergaben sich keine fixierten wirtschaftspolitischen oder sonstigen Rezepte; aus der politischen Sensibilität folgte die den wechselnden Herausforderungen, Erwartungen und Bedürfnissen angepasste Politik in der Demokratie; auf die demokratische Intention und die Reflexion der demokratischen Ausgangsbedingungen allen politischen Handelns kam es demnach an.
7. Das machte Keynes dann in der Krise nochmals überdeutlich,⁹ als er darüber sprach, dass sich die von ihm affektiv geteilten Doktrinen des ökonomischen Liberalismus als untauglich erwiesen hätten; in der Krise zeigte sich demnach, dass für normale Zeiten der Vergangenheit geborene Ansätze scheiterten und es auf die richtige politische Theorie ankam. Begrenzung des Freihandels, Unterbindung der Kapitalflucht, ökonomische Isolierung gehörten zu seinen Vorschlägen, damit Gesellschaft und Gemeinwesen die Krise unbeschadet überstehen konnten. Dem, wie er es nannte, „de-

⁹ Keynes, National Self-Sufficiency [1933], in: ders., Collected Writings, Bd. 21, hrsg. von Donald Moggeridge, London 1982, S. 233-246. Im selben Jahr erschien in „Schmollers Jahrbuch“ eine deutsche Übersetzung, die – offenbar um Konflikten mit den neuen nationalsozialistischen Machthabern aus dem Weg zu gehen – etliche politisch relevante und gegenüber dem Nationalsozialismus kritische Passagen ausließ, was für eine Rekonstruktion von Keynes' politischem Denken jedoch unerheblich ist; vgl. dazu Knut Borchardt, Keynes' „Nationale Selbstgenügsamkeit“ von 1933. Ein Fall von kooperativer Selbstzensur, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 108 (1988), S. 271-284, dabei in gewohnt antikeynesianischer Stoßrichtung Keynes' anfänglich verweigertes und dann nur unwillig gegebenes, kontextuell zu erklärendes Einverständnis zur „Selbstzensur“ zuspitzend.

kadenten internationalen und individualistischen Kapitalismus“ setzte er eine Bereitschaft zu „politisch-ökonomischen Experimenten“ entgegen – und auch die Bereitschaft zur Einsicht, dass nicht das „alte Modell“, sondern „neue ökonomische Pläne“ – was nun wieder nicht mit Planwirtschaft verwechselt werden darf – die Rettung auch in Großbritannien und den Vereinigte Staaten bedeuteten.¹⁰ Fehlertoleranz gehörte dazu, es ging nicht um ökonomische Effizienz, sondern politische Stabilisierung; explizit wandte er sich auch gegen einen magischen deterministischen Systemglauben, demzufolge man nur die ökonomischen Kräfte walten lassen müsse, und alles würde gut – dass das in der politischen Katastrophe münden musste, machte er deutlich; in Deutschland waren die „unchained irresponsibles“ als Folge solchen Verhaltens auf dem Vormarsch. Doch der Staat funktionierte nicht wie der Haushalt, das war ein Buchhalterirrglaube, der die Welt in den Abgrund stürzen könnte. Ausgaben für Bildung, Kunst und Infrastruktur würden langfristig das Lebensniveau heben. In der Krise mussten die Funktionen des Staates kontraintuitiv vergrößert, nicht verkleinert werden, aus politischen Gründen, auch wenn ökonomische Argumente aus seiner Sicht hinzukamen. Das Ziel der politisch-ökonomischen Experimente musste das Streben nach der – natürlich niemals zu verwirklichenden – „ideal social republic of the future“ sein (241).

An dieser Stelle, an der Keynes sich zur sozialen Republik bekennt, will ich noch etwas eingehender auf die Demokratie zu sprechen zu kommen. Die These, die bereits ausgesprochen wurde, lautet, dass die moderne Massendemokratie nicht nur in Deutschland *nach* dem Ersten Weltkrieg begann, es demzufolge auch zuvor *keine* (oder kaum) *liberale Demokratien* gab – wobei die zeitgenössischen Vorstellungen ein recht komplexes Demokratieverständnis verraten. Auf die Wahlrechtserweiterungen will ich jetzt gar nicht zu sprechen kommen. Sondern vor allem auf das Gesamtpaket Demokratie, das in den Jahren unmittelbar ab 1918 geschnürt wurde.

Ein so vielfältiges und vielschichtiges gesellschaftliches Gefüge wie Demokratie lässt sich (wie alle bedeutenden historischen Phänomene) begrifflich nicht auf den Punkt bringen; dieses Gewebe aus Vorstellungen und Handlungen, Institutionen und Ideen, Gewohnheiten und Affekten beschreibt eine politisch-kulturelle Entwicklung und keine definitive, historisch

¹⁰ Keynes, *Self-Sufficiency*, S. 239.

stillgestellte Verfassungsordnung. Definitionen von Demokratie helfen uns nicht weiter, nur Rekonstruktionen von Demokratievorstellungen.¹¹

So wird es vielleicht auch möglich, Standardinterpretationen auf ihre Plausibilität zu prüfen. Bis in maßgebliche historische Darstellungen hinein dominiert nach wie vor eine pessimistische Perspektive, die eher die extremen Krisen, die Schwächen oder den Untergang der Demokratie erklären als ihre Chancen ausloten oder Erwartungshorizonte erkunden will. Ambivalenzen – etwa die Spannungen zwischen individuellen Rechten und kollektiven Ligaturen, der Ruf nach Führung und Stärkung der Exekutive oder die in Demokratien ubiquitäre Parlamentarismus- und Parteienkritik – treten dabei kaum als konstitutive, „normale“, unvermeidliche, weiterhin theoretisch und praktisch herausfordernde Merkmale von Demokratien auf, sondern häufig als destruktive Vorboten des Zerfalls.¹²

Die Debattenrekonstruktionen, die ich vorschlage, setzen bei den Vorstellungen und Erwartungen, Selbst- und Situationswahrnehmungen der Zeitgenossen an, sie analysieren Ereignisse und Entwicklungen in ihren individuellen Kontexten und sind kontingenzsensibel. Zugleich ist das Kontinuitätsproblem nicht zu leugnen, das sich auch im Hinblick auf die vielen zu rekonstruierenden Demokratie-Geschichten stellt: Die Handelnden schrieben sich selbst in eine kontinuierliche Geschichte der Demokratie ein, die auch als Akteursvorstellung nur in Überschreitung lokaler Kontexte und unter Zuhilfenahme strukturanalytischer Vorgehensweisen zu erschließen ist. Zudem ergeben sich aus dieser Historisierung von Kulturen und Konzeptionen der Demokratie theoretische Herausforderungen: Fragen nach der Fragilität und Stabilität, nach den Integrationsmöglichkeiten und Ausgrenzungstechniken, nach den

¹¹ Vgl. Pierre Rosanvallon, Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France, Donnerstag, den 28. März 2002, in: *Mittelweg* 36 20 (2011), H. 6, S. 43-66, hier: S. 49. Vgl. auch ders., *Democracy Past and Future*, hrsg. von Sam Moyn, New York 2006; ders., *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Hamburg 2010; ders., *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013.

¹² Vgl. neben der im letzten Jahrzehnt wohl einflussreichsten Deutung von Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000 etwa Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982; Jan-Otmar Hesse, *Wirtschaftspolitische Bewältigungsstrategien nach der Krise. Deutschland und die USA in den 1930er Jahren*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 61 (2010), S. 315-329; Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998; Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 997-2014; Gunther Mai, *Europa 1918-1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart 2001; Paul Nolte, *Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61 (2013), S. 275-301; Richard Overy, *The Morbid Age. Britain between the Wars*, London 2009; Werner Plumpe, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München 2011, S. 71-91; Wolfgang Schivelbusch, *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939*, Frankfurt 2008; Enzo Traverso, *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945*, München 2008; Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.

Erschöpfungszuständen und der Kreativität, nach den Potentialen – den eröffneten wie den unausgeschöpften – und Grenzen der Demokratie. Demokratie lässt sich auf diesem historischen Fundament nur als fragile und fluide politische Ordnung denken, in der keine unüberwindlichen Hürden den Optimismus vom Zusammenbruch, das Selbstverständlichwerden von der Befehdung der Demokratie trennen.¹³ Aber man muss, und dafür plädieren meine Arbeiten und Stellungnahmen, beides erkennen und erforschen – die zerstörerische Mischung aus Ressentiments und Resignation *und* die optimistische Erwartung, die gewaltsame Gegenbewegung bis hin zur Auflösung *und* die enthusiastische Kreativität, die Schattenseiten *und* die strahlende Hoffnung, die nicht nur eine Nation, sondern viele Gesellschaften beinahe gleichzeitig nach dem Ersten Weltkrieg erfasste.

Wenn politische Vorstellungen dabei im Mittelpunkt stehen, lässt sich diese Art der Annäherung an ein unlösbares Problem nicht als „bloße“ Ideengeschichte abtun. Nicht nur die Einwände gegen die erkenntnistheoretische Naivität einer Geschichte der harten „Fakten“, die gerade auf ökonomischem Gebiet – wo Philip Mirowski zufolge „physics envy“ zur Abkoppelung von einer der Mechanik und Modellierung widerstrebenden Geschichte führte¹⁴ – so gern und so unermüdlich gegen die Zumutungen des uneindeutigen Politischen ins Feld geführt werden, wiegen schwer. Handeln und Vorstellungen sind für eine Geschichte der Demokratie nicht voneinander zu trennen. Es geht dabei um eine „Gesellschaftsgeschichte handlungssteuernder Ideen“, um Vorstellungen und Ordnungskonzepte, „die im sozialen und politischen Geschehen formende Wirkung entfalten“, um Modi der Realitätskonstruktion und der Realitätserschließung zugleich, um „all jene ‚aktiven‘ Vorstellungen [...], die das Handeln leiten, das Feld des Möglichen durch das des Denkbaren begrenzen und den Rah-

¹³ Vgl. etwa Joris Gijsenbergh u.a. (Hrsg.), *Creative Crises of Democracy*, Brüssel 2012; Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, Göttingen 2005; ders. (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur Politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1918-1933*, München 2007; Jussi Kurunmäki/Johan Strang (Hrsg.), *Rhetorics of Nordic Democracy*, Helsinki 2010; Marcus Llanque, *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000; Anthony McElligott (Hrsg.), *Weimar Germany*, Oxford 2011; Helen McCarthy, *Whose Democracy? Histories of British Political Culture between the Wars*, in: *The Historical Journal* 55 (2012), S. 221-238; Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2012; Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013; Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014; Adam Tooze, *The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order*, London 2014.

¹⁴ Philip Mirowski, *More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics*, Cambridge 1991, S. 354.

men für Kontroversen und Konflikte abstecken.“¹⁵

Demokratie ist dabei kein Ordnungskonzept wie jedes andere, weder für die historisch Handelnden noch für die diese Geschichte erforschenden Historiker. Wir wissen, wie die Demokratie im Revolutionszeitalter um 1800 zum universalen Erwartungsbegriff wurde, zur politischen Zukunftsverheißung. Sie war nicht länger ein Stadium im ewigen Verfassungskreislauf und verlor, den Schrecknissen der *terreur* zum Trotz, den Beiklang der Pöbelherrschaft. Sie wurde neu gedacht, als auf Dauer errichtete oder zu errichtende repräsentative Verfassungsordnung der Bürger. Aber schon in diesen Jahrzehnten konnte Demokratie vereinzelt bereits mehr bedeuten, das Ziel einer neuen Gesellschaftsform bezeichnen. Die neuere Forschung legt jedoch immer mehr die These nahe, dass die Demokratie erst in den Jahren nach 1918 diese Schwelle überschritt und mehr wurde als eine Verfassungsordnung: eine umfassende Regierungs- und Lebensform, die den neuen politischen Horizont bildete und deren Ablösung zunehmend undenkbar wurde.

Dabei wurde in den Demokratien nach 1918 ein doppeltes Spannungsverhältnis sichtbar: zwischen der beträchtlichen normativen Konstanz dessen, was Demokratie seit mehr als zwei Jahrhunderten in den Augen ihrer Erbauer und Verfechter sein soll,¹⁶ und der empirisch variablen „Verwirklichung der Demokratie“¹⁷ einerseits; andererseits zwischen den unterschiedlichen, miteinander wetteifernden, konvergierenden und antagonistischen Sprachen, Begriffen und Vorstellungen, Praktiken, Kulturen und Affektlagen der Demokratie in ihren spezifischen Kontexten und Konstellationen. Keine Seite verfügte in den historischen Konflikten um die Demokratie a priori über die Definitionshoheit, doch stellten sich Konvergenzen und Koalitionen ein, die in dieser historischen Konstellation nach 1918 die Bedeutung von Demokratie stabilisierten – als liberale *und* soziale Demokratie. Aber Demokratie blieb eine zukunfts offene Kollektivhandlung, gerichtet auf Ermöglichungen und Erweiterungen von

¹⁵ Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 321-348, hier S. 324; Rosanvallon, Begriffs- und Problemgeschichte, S. 56.

¹⁶ Sowohl den von den Handelnden als konstant aufgefassten normativen Kern als auch die vielfältige und widersprüchliche historische Praxis der Demokratie verbindet die Darstellung von Rosanvallon, Gesellschaft.

¹⁷ Otto Kirchheimer, Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung [1930], in: ders., Politik und Verfassung, Frankfurt 1964, S. 9-56, hier S. 15.

Freiheit, zugleich durchzogen von Widersprüchen und Pathologien, von Entgleisungen der Mehrheit und der Unterdrückung von Minderheiten.¹⁸

Die Entstehung der Demokratie als Wert an sich, die Akzeptanz dieser Demokratie, die Vielfalt ihrer Ausdrucksformen im politischen und im Alltagsleben, die Ausbildung eines allgemeinen demokratischen Erwartungshorizonts treten als Phänomene der Selbstthematizierung in den Quellen der Zeit deutlich hervor. Um nur einige wenige Beispiele zu nennen: Mein Lieblingsbeleg dafür ist die Demokratierhetorik Gustav Bauers, des deutschen Reichskanzlers einer sozialdemokratisch-liberal-christdemokratischen Koalition, der die Annahme des Versailler Vertrags verteidigte und die Verabschiedung sowohl der Verfassung als auch der großen Steuerreform verantwortete. Hoffnung und Optimismus angesichts des Neuen sprachen aus seinen Worten: „Wir nehmen diesen Ruf von jenseits der Grenzen auf, wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerbund erschaffen muss.“ So beendete er am 23. Juli 1919 seine Regierungserklärung vor der Nationalversammlung.¹⁹ Darin fächerte er – in einer den nationalen Horizont überschreitenden europäischen Intertextualität, in der Konvergenzzone von liberal- und sozialdemokratischen Vorstellungen – das zeitgenössische Demokratieverständnis in vier Dimensionen auf: *erstens* Demokratie als Volkssouveränität und Selbstregierung der Bürger; *zweitens* Demokratie als Kultur, Sittlichkeit, Alltag und Lebensweise; *drittens*, Demokratie als Institutionenordnung und Staatsverwaltung, als Gefüge des guten Regierens; und *viertens* die soziale, wirtschaftspolitisch aktive Demokratie.²⁰ Auch in Großbritannien waren ähnliche Stimmen zu hören. „The term Democracy has in recent years been loosely used to denote sometimes a state of society, sometimes a state of mind, sometimes a quality of manners“, merkte darum der britische Rechtsgelehrte und Politiker James Bryce in seinem epochalen Monumentalwerk *Modern Democracies* 1921 zur Vielfalt des Demokratiebegriffs an.²¹

¹⁸ Vgl. etwa Mazower, Kontinent; Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007; John Keane, Violence and Democracy, Cambridge 2004; ders., The Life and Death of Democracy, London 2009.

¹⁹ Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, Berlin 1920, S. 1852.

²⁰ Verhandlungen, Bd. 328, S. 1843-1852; vgl. dazu Müller, Weltkrieg, S. 74-113.

²¹ James Bryce, Modern Democracies, Bd. 1, New York 1921, S. vii f.; zur Demokratie als Lebensform vgl. Till van Rahden, Clumsy Democrats. Moral Passions in the Federal Republic, in: German History 29 (2011), S. 485-504.

Etwas anachronistisch formuliert, herrschte in Umkehrung der bekannten Böckenförde-These, aber nicht im Gegensatz zu ihrem Urheber,²² unter führenden Protagonisten der deutschen und anderer Demokratien die Überzeugung vor, dass sich eine politische Kultur der Demokratie durch die Demokratie selbst kultivieren ließ. Diese Aufgabe wurde als eine Erziehung und Selbst-Erziehung des Herzens und des Sinns aufgefasst, als eine *éducation sentimentale*. Der selbstbestimmte, aber auch verantwortungsbewusste Bürger als zugleich leidenschaftlicher und maßvoller Inbegriff und Inhaber der Demokratie war das Ziel dieses politischen Bildungsprozesses. Demokratie als kollektive Selbstherrschaft und Demokratie als individuelle Selbstbeherrschung derjenigen, die ihre eigene politische Gemeinschaft konstituierten, waren die beiden Lebensaufgaben, zu denen diese Schule demokratischer Leidenschaften und Tugenden befähigen sollte.

Eine gut dokumentierbare Verwandlung des Redens über die Demokratie trat ein. Die Demokratie wurde mit unerwarteter Schnelligkeit zur politischen Normalität, was eine Umwertung der politischen Vorstellungen zur Folge hatte. Zu oft geht das in den Kontinuitätserzählungen der Nationalgeschichten unter, zu selten wird die Schärfe dieser politisch-kulturellen Zäsur theoretisch erfasst, der Punkt, an dem eine seit längerem andauernde, aber alles andere als lineare Entwicklung umschlug in eine neue Qualität der politischen Ordnungsvorstellungen. Was als normal galt, war plötzlich etwas anderes. Dass diese neue Normalität weniger beherrschbar erschien als die alte Ordnung, dass sie konstitutiv fragil war und sich die Fragilität in ihre Konstitutionen hineingeschrieben hatte, war die Kehrseite dieser Entwicklung. „A no less significant change has been the universal acceptance of democracy as the normal and natural form of government“, erklärte Bryce, der aber hinzufügte: „yet its universal acceptance is not a tribute to the smoothness of its working“.²³ Die Demokratie versprach eben nicht in erster Linie ökonomische Effizienz.

Dass es sich dabei um eine handlungsleitende Ordnungsvorstellung von Demokratie handelte, die liberal-individualistische und soziale, gemeinschaftlich-solidarische Elemente miteinander verknüpfte, habe ich bereits anhand von Keynes und dem sozialdemokratischen Reichskanzler Gustav Bauer deutlich gemacht. Einer von vielen Schlüsseltexten, die diese Vorstellungen idealtypisch zum Ausdruck brachten, ist auch die berühmte Schrift über die soziale Homogenität in der Demokratie des Staatsrechtlers Hermann Heller von 1927.

²² Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht*, Frankfurt 2011, S. 432-434.

²³ Bryce, *Modern Democracies*, S. 4.

Grundlegend war Hellers Verständnis der Demokratie als „nichts Statisches, sondern ein täglich neu zu Gestaltendes“. Er beschrieb die Demokratie als ein konstantes Bemühen um ihr „Entstehen und Bestehen“, um ihre eigene „Gestaltung und Erhaltung“, um „Einheit in der Vielheit“. Die Sprache des republikfeindlichen Fachkollegen Schmitt in ihr Gegenteil wendend, sprach Heller von der „Bedeutung der sozialen Homogenität für die Demokratie“. Aber weder ethnische Homogenität war gemeint noch Homogenität des politischen Willens noch die Freund-Feind-Unterscheidung, sondern der allgemein anerkannte Verzicht auf „die Unterdrückung durch physische Gewalt“ und vor allem der geradezu liberale „Glaube an die Existenz einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage und damit die Möglichkeit eines *fair play* für den innerpolitischen Gegner“. Wie war dieses Ziel zu erreichen, wie den „Krisenzeichen für unsere Demokratien“ zu trotzen? „Demokratische Einheitsbildung“ in einer sich pluralisierenden Gesellschaft erforderte die Selbstbindung durch „Wirbewusstsein und -gefühl, durch einen sich aktualisierenden Gemeinschaftswillen“. Wie die Demokratie als Staatsform musste auch die demokratische Gemeinsamkeit in der Vielfalt des sozialen Lebens immer wieder neu gestiftet werden. „Soziale Homogenität kann aber niemals Aufhebung der notwendigen antagonistischen Gesellschaftsstruktur bedeuten“, erklärte Heller in einem sozial-liberalen Gesellschaftsverständnis. Aber wenn die Grundverständigung über ein Wirgefühl erreicht werden konnte, war eine Demokratie in der Lage, auch enorme Konflikte auszuhalten und produktiv aufzunehmen: „Solche relative Angeglichenheit des gesellschaftlichen Bewusstseins kann ungeheure Spannungsgegensätze in sich verarbeiten, ungeheure religiöse, politische, ökonomische und sonstige Antagonismen verdauen.“ Dieses Wirgefühl konnte „erzeugt“, aber auch „zerstört“ werden. Erzeugt werden konnte es durch Einübung, Schulung, Bildung. Eine „Homogenität der Alltagskonventionen“, eine Demokratisierung des Alltagslebens, der Umgangsformen, der Höflichkeitsregeln half der Demokratie – eine Einschreibung in eine demokratische Tradition seit Tocqueville, ein Anknüpfen an ein Verständnis der Demokratie auch als „state of mind“ und „quality of manners“, als Komplex von „Lebensformen und -inhalten“, wie es auch andere zeitgenössische Demokratieförderer vertraten.²⁴

Zugleich musste diese Demokratie aber eine soziale, wohlfahrtsstaatliche Demokratie sein: Die größte Gefahr in der massendemokratischen Gegenwart stellte der extreme Gegensatz

²⁴ Ernst Troeltsch, Kritische Gesamtausgabe, Bd. 15: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918-1923), hrsg. von Gangolf Hübinger, Berlin 2002, S. 218.

von „sozialem Ungleichheitsbewusstsein“ und „politischem Machtbewusstsein“ dar. Die „ökonomische Disparität“ hatte das Potenzial, die Demokratie zu „sprengen“. Die soziale Demokratie war in diesem Sinne der Versuch einer Annäherung von sozialem Ungleichheitsbewusstsein und politischem Machtbewusstsein: Sie diene dem Ziel, die soziale Ungleichheit durch Wirtschaftswachstum und Sozialpolitik so weit zu verringern, dass sie nicht mehr die politische Freiheit beeinträchtigte. Wo das richtige Maß dafür lag, war von Fall zu Fall zu bestimmen, mit Spielraum für nationale Variationen – das auch für Keynes typische Grundmotiv.

Aber die demokratische Regierungs- und Lebensform würde sich in der Zukunft nur halten können – um noch die dritte wesentliche Dimension der Demokratievorstellungen neben der liberalen und der sozialen anzuführen –, wenn sie die „nationale Idee“ und den Gedanken „des souveränen Nationalstaats“ aufgab: Hellers Erwartung war, dass nur „ein europäischer Bundesstaat“ auf Dauer „die demokratische Einheitsbildung zu legitimieren“ in der Lage wäre.²⁵ Versöhnungsbereitschaft nach dem Krieg und internationale Kooperation, zugleich eine nicht länger von Großmachtsentimentalitäten getrübe Anerkennung der neuen politischen, sozialen und ökonomischen Realitäten, die Europa mit einem Schlag provinzialisiert hatten, traten hier als demokratische Aufgaben hervor. Den Verzicht der Staaten „auf einen Teil ihrer Souveränität“ und die Zusammenarbeit im Völkerbund nannte Reichskanzler Bauer in seiner Regierungserklärung das „höchste Ziel“ der Außenpolitik.²⁶

Was die deutsche Demokratie nach 1918 betrifft, ist meines Erachtens eine Verlagerung der Perspektive nötig: von Deutschland auf die Demokratie. Nicht die nationale Entwicklung, sondern ein internationales, westliches, europäisches Problem steht im Mittelpunkt der Demokratiegeschichte. Daran, dass die Geschichte der ersten deutschen Demokratie ebenso sehr von Fragilität wie von Kreativität, von Instabilität wie Stabilität gekennzeichnet war, besteht kein Zweifel. Aber das ist gewissermaßen typisch für Demokratien. Die Forschung hat seit Detlev Peukert²⁷ viel getan, um der Weimarer Demokratie neue Lebenschancen zu eröffnen – man denke nur an die Arbeiten von Thomas Mergel über das Einüben von Konfliktaustragungsmodi im Reichstag.²⁸ Oder an die lange vorherrschende Vorstellung von der

²⁵ Hermann Heller, Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, Tübingen 1992, S. 421-433, hier S. 424, 423, 425, 427 f., 430 f., 433.

²⁶ Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, Berlin 1920, S. 1851.

²⁷ Vgl. Detlev Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Darmstadt 1997.

²⁸ Vgl. Th. Mergel, Parlamentarische Kultur.

Omnipräsenz der politischen Gewalt, die widerlegt wurde. Der Begriff der Krise wurde als zeitgenössisches Argumentationsmuster durchschaut; er kann nicht länger ohne weiteres als Beleg für eine verbreitete Krisenwahrnehmung gelten. Die Vielfalt der politischen Kultur, die Offenheit der Begriffe, die Stärke des Pluralismus, die Stabilisierung der Zukunftserwartungen, die wachsende Akzeptanz der demokratischen Ordnung wurden erkundet.²⁹

Um nur eine prominente Stimme der Zeit aufzugreifen: Der liberale Theologe, Intellektuelle und Politiker Ernst Troeltsch, ein Parteigenosse von Theodor Heuss, vertrat in seinen öffentlichen Interventionen von 1918 bis zu seinem Tod 1923 die Ansicht, „dass der Siegeszug der Demokratie unaufhaltsam sei, weil sie der modernen Gesellschaft entspreche“, und erklärte auf dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei (DDP): „Deutschland ist endgültig zur Demokratie geworden.“ Von Troeltsch ließ sich auch lernen, dass die Demokratie nicht notwendig revolutionär war, sondern wie in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten „konservativ“ sein konnte. Nur eines musste sie diesem Liberalen zufolge sein – eine „soziale Demokratie“, in der die „Wirtschaft im Interesse und im Dienste des Ganzen“ stand.³⁰

Wenn in den deutschen Diskussionen die Begriffe der Gemeinschaft und des Allgemeininteresses im Namen der Demokratie mobilisiert wurden, handelte es sich weder um ein deutsches Sondervokabular noch um eine Infragestellung von pluralistischer Diskussion, liberalem Rechtsverständnis und Parlamentsdebatte,³¹ ebenso wenig wie umgekehrt die Feier des Individuums allein Demokratien vorbehalten war.³² Zwar ist es verständlich, wenn retrospektiv in Gemeinschaftsbegriffen immer schon der antiliberaler Wunsch nach ethnischer Homogenität und sozialer Exklusion erkannt wird.³³ Aber das wird der Vielfalt der politischen Debatte nicht gerecht. Gemeinschaftsbegriffe konnten und können liberal und pluralistisch

²⁹ Vgl. etwa Hardtwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte; ders. (Hrsg.), Ordnungen in der Krise; Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), Die Krise der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt 2005; Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933, München 2008; Kathrin Groh, Demokratische Staatsrechtslehre in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats, Tübingen 2010; Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volkshelm“ im Vergleich 1900-1938, Köln 2013.

³⁰ Troeltsch, Kritische Gesamtausgabe, Bd. 15, S. 211, 218 f., 221-224, 313, 358 f., 495 f.

³¹ Vgl. etwa Michael Freedon, The New Liberalism. An Ideology of Social Reform, Oxford 1978; ders., Liberal Languages. Ideological Imaginations and Twentieth Century Progressive Thought, Princeton 2005; Jackson, Equality and the British Left; James T. Kloppenberg, Uncertain Victory. Social Democracy and Progressivism in European and American Thought, 1870-1920, Oxford 1988; Daniel T. Rodgers, Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age, Cambridge 1998; Rosanvallon, Die Gesellschaft der Gleichen, S. 21-91, 197-246.

³² Vgl. Föllmer, Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall, Cambridge 2013.

³³ Vgl. etwa Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 11-13, 26-68, bes. S. 53, Anm. 84.

sein³⁴ – und sie waren ein unverzichtbares Element der Diskussionen über die Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, was die Beispiele von Keynes, Bauer und Heller bereits deutlich gemacht haben. Gerade auch „Volksgemeinschaft“ diente als ein sozialdemokratisches und bürgerlich-liberales Konzept, das die Integration aller Schichten und Gruppen in der neuen Demokratie verhiess.³⁵

Mit dieser Skizze hoffe ich angedeutet zu haben, welches komplexe Phänomen mit der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg die politische Bühne betrat und dort die Hauptrolle übernahm. Dabei bildete sich allen äußeren Herausforderungen zum Trotz ein liberales *und* soziales Verständnis von Demokratie als handlungsleitende Ordnungsvorstellung heraus.

In sieben Thesen will ich dieses Phänomen, eine praktizierte politische Vorstellung, abschließend charakterisieren. Es sind Grundverständigungen über die Geschichte der Demokratie nach 1918, die sich im Gespräch mit Demokratiehistorikern unterschiedlicher Länder eingestellt haben. Dabei handelt es sich um heuristische und interpretative Vorschläge, um materialerschließende Thesen und Deutungsangebote, nicht um den Versuch, eine neue Orthodoxie zu etablieren.³⁶

1. Die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg wird als konstitutive Phase der modernen Demokratie aufgefasst. Demokratie befand sich im Prozess der Entstehung. Entgegen linearen nationalen Kontinuitätsdeutungen sind das internationale demokratische Projekt und die Erwartungen der 1920er und 1930er Jahre ernst zu nehmen. Kontexte sind dabei für die Erklärung relevanter als Kontinuitäten. Wenn auch demokratische Traditionen in unterschiedlichem Maße die Entwicklung beeinflussten, wenn auch einige Demokratien in diesen Jahren einen stabileren Zustand erreichten als andere, handelte es sich dennoch überall zugleich um einen Neuanfang, um einen Augenblick, wenn nicht eine Epoche der radikalen Diskontinuität.
2. Zur Korrektur vorherrschender Deutungsmuster wird eine verhalten optimistische Lesart vorgeschlagen. Schlagwörter wie „dunkler Kontinent“, „Zeitalter der Extre-

³⁴ Vgl. etwa Freedon, Languages, S. 38-59; Klaus Lichtblau, „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ bei Max Weber. Eine Rekonstruktion seines Sprachgebrauchs, in: Zeitschrift für Soziologie 29 (2000), S. 423-443.

³⁵ Vgl. Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken, S. 227-253; Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003; Jeffrey Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

³⁶ Vgl. Tim B. Müller/Adam Tooze (Hrsg.), Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.

me“ und „Katastrophenzeitalter“, „Nachkriegs-Gewaltgesellschaften“ verdecken den demokratischen Prozess, der das zentrale politische Ereignis dieser Epoche war. Darum sollte auch nicht unproblematisch vom Scheitern von Demokratien oder gar der Demokratie gesprochen, sondern vielmehr die Frage aufgeworfen werden: Wie funktionierte die Demokratie? Wie stellte man sie sich vor, welche Experimente lagen im Möglichkeitshorizont der Zeitgenossen? Wie konnte sich die Demokratie unter schwierigen Umständen herausbilden und in immer neuen Krisen bestehen, gegen alle Wahrscheinlichkeit? Was überhaupt kann also Scheitern oder Erfolg in diesen historischen Kontexten heißen? Individuellem Handeln und Kontingenz kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu, die Offenheit jeder Krise, die durch sie gebotenen Chancen der kreativen Erneuerung oder Konsolidierung, die Vielfalt und Uneindeutigkeit der möglichen Ergebnisse werden betont.

3. Ein weiteres Spannungsverhältnis der Zeit war das zwischen dem exzessiven Nationalismus, der durch die Entstehung der modernen Demokratie mit ihrer auf Massenöffentlichkeit und Massenkommunikation basierenden Politik noch gesteigert werden konnte, einerseits und den nicht weniger entschlossenen Anstrengungen andererseits, nationale Grenzen und Machtpolitik zu überwinden und auf staatliche Souveränität in Teilen zu verzichten, wofür – als sichtbare Zeichen neben vielen anderen – Völkerbund, Washingtoner Flottenabkommen und Locarno standen. Hier ließe sich viel mehr sagen, als es meinem Projekt möglich ist: etwa über die Versuche der supranationalen ökonomischen und finanziellen Integration und militärischen Abrüstung oder die kooperationsbefördernde erste globale amerikanische Hegemonie. Deutlich wird jedoch, dass es sich um miteinander verflochtene, „transnationale“ Geschichten der Demokratie handelt.
4. Die Lern- und Gewöhnungsprozesse, die Praktiken und das Projekt der Demokratie wurden von den Zeitgenossen als ein langwieriges, komplexes, mehrdimensionales Unternehmen verstanden. Der Übergang zur Volkssouveränität war gerade in den Monarchien mit parlamentarischer Tradition fließender und unvollständiger als in alten und neuen Republiken; das Wahlrecht, dessen Universalität zur Norm geworden war, wurde in der Praxis schrittweise zur gleichen und freien Wahl für Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet; Parlament und Regierung waren die politischen Kerninstitutionen, zugleich sollten ergänzende korporative Vertretungen die Konsensbildung er-

leichtern; der demokratischen Kultur und Bildung wurde große Aufmerksamkeit geschenkt; die Demokratie führte auch zur Reform der Wirtschaftsordnung, zu einem demokratischen Kapitalismus; Pluralismus und Gemeinschaft, individuelle Bürgerrechte und gesellschaftliche Integration gehörten gleichermaßen zu den handlungsleitenden Vorstellungen der Demokratie; Staatsbau, Verwaltung, gutes oder verantwortungsvolles Regieren waren Teil des demokratischen Projekts; partizipationsermöglichende Sozialpolitik und ein auf individuelle Rechte gegründeter Wohlfahrtsstaat rückten ins Zentrum der demokratischen Debatten; transnationale Institutionen und gesellschaftliche Akteure spielten eine große Rolle in der Ausbuchstabierung der demokratischen Erwartungen. Selbst wenn von „westlicher Demokratie“ zunehmend die Rede war, handelte es sich noch nicht um das im Kalten Krieg definierte Standardmodell der westlichen Demokratie. Der Demokratiebegriff und die Bandbreite demokratischer Praktiken waren weit umfassender und Gegenstand demokratischer Auseinandersetzungen.

5. Die globale Vision der Demokratie, die in der politischen Rhetorik und in den internationalen Vertragswerken der Zeit verbreitet wurde, war dennoch keine völlig universale Vorstellung. Sie wies eine deutlich erkennbare temporale und geographische Hierarchie auf. In einem Kern von Nationen, einem europäisch-atlantisch-pazifischen Demokratiebogen, wurden die demokratischen Visionen in der Gegenwart verwirklicht. Die angrenzenden peripheren Nationen konnten danach streben, mittelfristig zu solchen Demokratien zu werden. Die kolonialen Untertanen und Nationen, in denen ein Kampf für die Selbstregierung geführt wurde, erhielten vage Verheißungen einer fernen demokratischen Zukunft; doch ließ sich die demokratische Dynamik nicht auf Dauer durch solche hierarchischen Verfügungen stillstellen.
6. Ein aus heutiger Sicht schwieriges, aber in den Debatten seit dem Ersten Weltkrieg zentrales Problem war das Verhältnis von politischer Führung zur Demokratie. Wie die neuere Forschung zeigt, kann die Erwartung politischer Führung, das Nutzen von Notstandsinstrumenten oder charismatisches politisches Handeln nicht als mit der Demokratie unvereinbar und auch nicht grundsätzlich als eine Schwächung von Demokratien betrachtet werden. Zwischen äußerlich scheinbar ähnlichen Führungsfiguren und politischen Methoden können sich enorme Abgründe auftun, wenn die Handlungskontexte berücksichtigt, die begleitenden Debatten rekonstruiert sowie

die Folgen für den Zusammenhalt und die Erhaltung demokratischer Gesellschaften erwogen werden. Thesen wie die von der „entfernten Verwandtschaft“ und allzu verengte „republikanische“ Lesarten demokratischer Politik sind für die historische Arbeit unbrauchbar, weil sie das Wesentliche ignorieren.

7. Zuletzt drängt sich das Interpretament einer zweiten Welle derselben Demokratisierungsbewegung auf, die im und nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte: Die Krise von 1929/31 und der politische Umgang mit dieser Krise sorgte demnach entweder für eine Vertiefung, Verfestigung und Ausweitung des demokratischen Projekts oder für dessen fundamentale Erschütterung. Zwischen der Krisenreaktion und den demokratischen Vorstellungen der Jahre 1918 bestand demnach eine unmittelbare Kontinuität; die Demokratien, die durchhielten, knüpften an ihr eigenes Programm an, sie setzten den nach dem Krieg eingeschlagenen Weg fort, sie handelten im Rahmen des bereits konstituierten demokratischen Erwartungshorizonts. Ihre Politik in den 1930er Jahren lediglich als reaktiv im Hinblick auf die neue totalitäre Herausforderung zu deuten, würde diesen zeitgenössischen Handlungs- und Erwartungshorizont verkennen und den historischen Akteuren die Würde des eigenständigen, selbstbestimmten Handelns nehmen. Natürlich wurden die neuen Gegner und Todfeinde beobachtet; natürlich wuchs ein erhöhtes Gefährdungsbewusstsein. Aber von den Vereinigten Staaten bis nach Schweden ist offenkundig, dass die Demokratien und Demokraten selbst in der Existenzkrise an ihre eigene Überlegenheit und an ihr Überleben als Regierungs- und vor allem als Lebensform glaubten und daraus die Motivation ihrer politischen Experimente schöpften.

ZITATION:

Tim B. Müller: Die liberale und soziale Demokratie als handlungsleitende Ordnungsvorstellung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2015, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2015_müller.